

## **Schutzschirm Solidarität**

### **Für eine Gesellschaft mit mehr Gerechtigkeit und weniger Armut**

Die aktuelle Krise ist nicht nur eine Finanzkrise. Sie offenbart Schwächen unseres globalen Wirtschaftssystems und seiner ethischen Grundlagen. Deshalb muss beim Suchen nach Lösungen über den rein ökonomischen Tellerrand hinaus geschaut werden. Die Soziallehre der Kirchen zeigt, dass der Finanzmarkt Prämissen braucht, die er selbst nicht liefern kann: Vertrauen in eine gerechte Ordnung mit sozialer Verantwortung für alle Menschen.

Auch wenn die genauen wirtschaftlichen Folgen noch nicht absehbar sind, ist zu erwarten, dass die bereits seit längerem beobachtbaren Spaltungsprozesse in unserer Gesellschaft durch die Finanzkrise weiter forciert werden. Spaltungsprozesse etwa zwischen Menschen mit zu wenig und ausreichendem (und z. T. weit mehr als ausreichendem) Einkommen, zwischen Menschen mit stabilen und instabilen Beschäftigungsverhältnissen, zwischen Menschen mit ausreichender sozialer Absicherung und Menschen ohne ausreichende Absicherung.

Auf diese Spaltungen und Risse hat schon das Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage im Jahr 1997 nachdrücklich hingewiesen. Aufgrund der gegenwärtigen Krise ist zu befürchten, dass es in Zukunft noch mehr prekäre, geringfügige und befristete Arbeitsverhältnisse gibt, mehr Leiharbeit und Zeitarbeit und mehr Menschen, die zusätzlich zu ihrem Lohn ergänzende staatliche Mittel benötigen. Die Angst vor Altersarmut wächst, die Einkommensschere entwickelt sich in Deutschland weiter auseinander und die Belastung der nachfolgenden Generation steigt.

Solche Spaltungsprozesse sind für eine demokratische Gesellschaft hoch problematisch und ihnen muss entgegengewirkt werden. Der Sozialstaat muss als Instrument gesellschaftlicher Solidarität weiterentwickelt werden, indem er Menschen aller Lebenslagen vergleichbare Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe gewährleistet. Dies kann z. B. dadurch erreicht werden, dass die Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungs- und Fürsorgesysteme erweitert und von allen Einkommensgruppen mitgetragen wird.

Mehr gesellschaftliche Solidaritätsbereitschaft kann kein Staat verordnen, sondern sie muss ihm seitens seiner Bürgerinnen und Bürger entgegengebracht werden. "Mehr Solidarität" ist daher zunächst eine gesellschaftliche Aufgabe, die für alle gilt, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Stellung. Die Kirchen, die kirchlichen Gemeinden und Verbände sehen sich gefordert, an der Mobilisierung von mehr gesellschaftlicher Solidarität tatkräftig mitzuwirken. Dies geschieht, indem sie

- Ausgrenzungen aufmerksam wahrnehmen und klar Position zu Gunsten der Benachteiligten beziehen,
- politisches Engagement im kirchlichen Bereich stärken und fördern,
- eine Alltagskultur der Solidarität leben,
- sich den globalen Herausforderungen im lokalen Kontext stellen.

Bei aller Sorge um die Situation in unserer Gesellschaft darf nicht übersehen werden, dass die aktuelle Krise die Entwicklungsländer besonders trifft. Deshalb müssen die Zusagen eingehalten werden, die die internationale Gemeinschaft und die Staaten gegeben haben, um Entwicklungshilfe und Umweltschutz zu finanzieren. Die Finanzkrise darf nicht die Entwicklungshilfe und den Klimaschutz von der Agenda verdrängen.

Vollversammlung des Katholikenrates im Bistum Osnabrück  
Georgsmarienhütte, 21. März 2009